

Gernsbacher Verwaltung muss sich nun zum demokratischen Prozess bekennen

Nachdem durch die CDU und den Grünen verhinderten Bürgerentscheid im Gernsbacher Gemeinderat drohen jetzt die Stadtverwaltung und die Fraktionen der SPD wie der FBVG den Bürgerentscheid auszusetzen und den Ursprungsplan zum Umgang mit dem hochgradig durch Quecksilber, Arsen und anderen Industriegiften verseuchten Pfeleiderer-Areal umzusetzen. Auf dem vor den Stadttoren Gernsbach gelegenen Areal sollen nun wahrscheinlich zwei Lebensmittelketten ihre Verkaufsgebäude errichten dürfen. Dies ist möglich, da das Gebiet kostengünstig mit Betonplatten versiegelt werden könnte, so dass zusammen mit den Abwehrbrunnen eine hinreichende Gefahrenabwehr gegeben sein soll. Pressemitteilungen von Bürgermeister Christ und der Fraktion der SPD legen einen solchen Schritt nahe.

Setzen Bürgermeister und die erwähnten Fraktionen ihren politischen Willen ohne weiteren Verhandlungen mit den Grünen und der CDU um, enttarnt sich die dann auch in den Medien inszenierte Transparenz in der Entscheidungsfindung als offensichtliches Täuschungsmanöver. „Es ist anzunehmen, dass nichts anderes das Ziel der Stadtverwaltung von vornherein war, als den Kauf des Areals scheitern zu lassen, so dass dann die billige und auch bequeme Lösung durchgesetzt werden kann.“ so Karl Pawlitschko, einer der Vorstandssprecher vom Grünen Ortsverband Murgtal. Die im Gemeinderat zur Abstimmung gebrachte Entscheidung zur Fragestellung des Bürgerentscheids kann keinen nüchtern denkenden Menschen dazu bewegen, für einen Kauf zu stimmen. Zu ungenau sind bis dato die zur Verfügung stehenden Informationen über Sachverhalte wie den Kaufpreis, der Nutzung des Areals und dem tatsächlichen Aufwand einer dann notwendigen Entgiftung, zu klamm sind die Finanzen der Stadt, als dass dann nicht die Vermutung in den Vordergrund treten würde, dass mit dem hier investierten Geld andere wichtige Aufgabenfelder der Stadt nicht mehr finanziert werden könnten. Die Bürgerbefragung über einen Kauf würde somit mit großer Wahrscheinlichkeit gegen einen solchen Kauf ausfallen – und die Stadt könnte ruhigen Gewissens die gewünschten Einkaufshallen bauen. Aber damit wäre Gernsbach in einem erheblichen Maße geschadet: ein Herzstück zur dringend notwendigen Stadtentwicklung in Gernsbach wäre verschenkt. Und zudem befände sich nach wie vor unter den Supermärkten ein unglaublich hohes Giftvorkommen, dessen Bodengebundenheit nicht mit absoluter Sicherheit garantiert werden kann. „Weshalb die Stadtverwaltung mit fragwürdigen Mitteln eine objektiv betrachtet schlechte Lösung einer guten vorzieht, und zur Durchsetzung dieser halbgaren Lösung sogar eine fingierte Transparenzshow aufführt, bleibt das Geheimnis der Stadt. Als raffiniert kann man letzten Endes fast schon den Plan

im Ganzen beschreiben: man setzt einen Lenkungsreis ein, der (nach Auskunft verschiedener Beteiligten) keine andere Funktion hatte, als einen guten Willen zu demonstrieren, demontiert diesen von innen heraus, präsentiert dann eine Fragestellung, die nicht aus einem Kompromiss der verhandelnden Beteiligten hervorgegangen ist, sondern anhand eines fragwürdigen Rechtsgutachtens als Ultimo Ratio präsentiert wird, und unterstellt dann unseren grünen Stadträten, die sich zurecht gegen dieses Verfahren, welches die Bürgerschaft an der Nase herumführt, wehren, antidemokratisches Verhalten, um so schlussendlich das eigene Ziel durchzusetzen“, so Eric Peplau, der als Sondersprecher zum Pfeleiderer-Areal eingesetzt wurde. Und Peplau weiter: „Man kommt um diese Frage nicht herum: Was hat die Stadt wirklich zu verlieren? Ginge es ihr um Gernsbach und ihre Bürgerschaft, würde sie die Bürgerinnen und die Bürger wirklich entscheiden lassen – mit einer Fragestellung, der den Sachverhalten und der Entscheidungsfindung gerecht wird. Meint die Stadtverwaltung es ernst mit der Demokratie, so muss sie sich mit allen Beteiligten weiter um die versprochene Kompromisslösung bemühen.“